

rung und Verbetrieblichung der Tarifpolitik als „zwiespältig“ und 42 Prozent sogar als „generell problematisch“. Lediglich 14 Prozent der Betriebsräte würden eine solche Entwicklung begrüßen. Der Grund für diese skeptische Haltung, die in Ost- wie Westdeutschland nahezu gleichermaßen ausgeprägt ist, liegt in einer nüchternen Betrachtung der betrieblichen Machtverhältnisse.

Neben dem Flächentarifvertrag, werden auch die bisherigen Formen gewerkschaftlicher Interessenvertretung durch Veränderungen in der Arbeitsorganisation und im sozialen Zusammenhalt der Beschäftigten in Frage gestellt. Die Gewerkschaften treffen gerade in den High-Tech-Unternehmen auf Arbeitnehmer mit anderen Qualifikationen, Verhaltensweisen und Ansprüchen an Mitbestimmung in der Arbeitswelt, als zum Beispiel Arbeitnehmer in den Großbetrieben der Industrie. Durch die steigende Selbstverantwortung der Arbeiter und Angestellten kommt es zunehmend zu einer Vielzahl von direkten und individuellen Aushandlungsprozessen, wodurch die Aufgaben der Gewerkschaften mitunter als überflüssig empfunden werden. Das Arbeitnehmer-Selbstverständnis unterliegt einem grundsätzlichen Wandel. Die Bereitschaft, Interessen in kollektiver Form wahrzunehmen, sie zu bündeln und in organisierter Form zu vertreten, nimmt stetig ab. Insbesondere in der New Economy mit ihren Arbeitsorganisationsformen in selbstverantwortlichen Projektgruppen, kommt nicht nur die Identifikation der einzelnen Arbeitnehmer mit dem Betrieb, sondern vor allem das Zugehörigkeitsgefühl zur Belegschaft abhanden.

Daneben gibt es auch Betriebe, die ganz oder teilweise aus dem Flächentarifvertrag ausscheiden. Dazu zählen Firmen im Fertigungs- und Montagebereich, die viele ungelernte Arbeitskräfte beschäftigen und unter hohem Wettbewerbsdruck durch ausländische Konkurrenten stehen.

Sie kritisieren am Flächentarifvertrag zu hohe Lohnkosten und zu geringe Arbeitszeiten. Diese Betriebe werden aber in Deutschland, langfristig gesehen, keine Zukunft haben. Deutschland hat in seiner wirtschaftlichen Entwicklung nicht mit niedrigen Löhnen, sondern immer mit innovativen Produkten auf dem Weltmarkt konkurriert.

Die Gewerkschaften haben es nicht leicht unter den veränderten Rahmenbedingungen. Es scheint, als ob die Tarifbindung und damit der Gewerkschaftseinfluss immer weiter an Boden verliert. Trotz all dieser Veränderungen sind die Gewerkschaften kein Auslaufmodell. Im Gegenteil, die Gewerkschaften können sogar an Bedeutung gewinnen, wenngleich unter erheblich erhöhten Anforderungen. Wo die Betriebe und die Branchen ihre Struktur in einschneidender Weise verändern und die Beziehung zur Belegschaft in Bewegung geraten ist, da findet zunehmend ein inhaltlicher Wandel in der Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit statt.

Dabei wird es immer wichtiger für Gewerkschaften, darauf zu achten, dass Betriebsräte ihre Arbeit durch Bereitstellung von an die geänderten Rahmenbedingungen angepassten Bildungsmaßnahmen auch in Zukunft bewältigen können. Gemeinsam mit der wachsenden Komplexität innerbetrieblicher Verhandlungsgegenstände kommt es zudem zu einem erhöhten Beratungsbedarf der Betriebsräte durch die Gewerkschaften.



Die Gewerkschaften müssen darüber hinaus auch ihre Organisationsstrukturen und Arbeitsweise weiterentwickeln. Damit soll nicht Gesetzesübertretungen oder Aufgabe von tarifvertraglichen Standards das Wort geredet, sondern daran erinnert werden, dass der Handlungs- und Verteilungsrahmen wieder ausgeschöpft wird. Ein neues Leitbild, ein neues Selbstverständnis und ein stärkeres Selbstbewusstsein der Gewerkschaften, das den zukünftigen Gegebenheiten angepasst ist, muss her. Das schließt mit ein, den Kapitalismus wieder beim Namen zu nennen, seine negativen Folgen aufzuzeigen und Alternativen zu diesem Wirtschaftssystem zu diskutieren.

Auch der Flächentarifvertrag hat weiterhin eine Zukunft, er steht nur im Wandel - wie die gesamte Wirtschaft mit neuen Arbeits- und Produktionsformen im Wandel steht. Solange die Firmen in der New Economy weiter expandieren, werden sie zwar kaum unter dem schützenden Dach des Flächentarifvertrags Zuflucht suchen. Doch nach wie vor gewähren Flächentarifverträge für beide Seiten Planungs- und Kalkulationssicherheit und sparen den Unternehmen kostenintensive Verhandlungen auf Betriebsebene. Auch wenn sich Inhalte und Regelungstiefe der Tarifverträge ändern, die konsensorientierte Verhandlung zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften wird Bestand haben.

Notwendig ist aber auch, dass in den Parteien, Verbänden und Instituten wieder die Vernunft und Einsicht einzieht, dass sich das Tarifsysteem nicht als Sündenbock für eine falsche Wirtschaftspolitik eignet, die einseitig die Angebots-Ökonomie bedient, damit wesentlich für die wirtschaftlichen Probleme in Deutschland verantwortlich ist. Und dass der Flächentarifvertrag ein positiver Bestandteil des im internationalen Vergleich erfolgreichen deutschen Staatsmodell ist.

GESETZLICHER MINDESTLOHN

DEN SPIELBALL AUFFANGEN!



Angela Greulich

München/Oberbayern

Studentin der
Volkswirtschaftslehre

Funktion:
Stellvertretende
Juso-Landesvorsitzende

Konkret ist der Vorschlag als Kompensation für die sozialen Härten der aktuellen Neuregelung der Arbeitsmarktgesetzgebung unterbreitet worden. Der SPD-Führung ist wohl klar, dass mit der Neujustierung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Weg in eine vertiefte Spaltung zwischen Arm-Reich eingeschlagen wird. Der durch Hartz IV verschärfte Druck auf Arbeitslose, nicht-existenzsichernde Niedriglöhne annehmen zu müssen, soll nun mit einem Mindestlohn abgemildert werden. Aber es muß deutlich bleiben, dass mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns nicht die Auswirkungen der Agenda 2010 kompensiert werden können und das Vorgehen Münteferings lediglich als Ablenkungsmanöver gesehen werden kann, nachdem der SPD-Spitze die Proteste gegen Hartz IV über den Kopf wachsen.

Ein Mindestlohn muss ein Existenz sicherndes Auskommen ermöglichen, das sozialversicherungspflichtig ist, nicht von staatlichen Zuschüssen abhängig ist und über dem Niveau der Sozialhilfe liegt, und er muss auch einen Anreiz geben, in die Erwerbsarbeit zu gehen. Diese Absicherung nach unten ist nötig, weil der Dumpingwettbewerb im Lohnbereich sonst immer mehr ausufert. Tariflöhne auf oder unter Sozialhilfeniveau bekommen mittlerweile 12% der Beschäftigten in Deutschland, Ostdeutschland ist hiervon überproportional stark betroffen. So verdient beispielsweise eine Frisörin in Ostdeutschland für eine Stunde Haarschneiden 3,31 Euro brutto (360 Euro netto monatlich) und ist so abhängig von zusätzlicher staatlicher Unterstützung zum Beispiel durch Wohngeld.

Solche Dumping-Löhne, meist zwischen 3 und 6 Euro brutto pro Stunde, findet man häufig bei Hilfsarbeitern, Wachdiensten oder beim Verkaufspersonal. Generell sind in den traditionellen Niedriglohnsektoren überdurchschnittlich Frauen tätig. Und durch Hartz IV und die verschärften Zumutbarkeitsregeln für Arbeitssuchende ist der Spielraum insgesamt geschrumpft. Die absolute Untergrenze für Löhne markierte bisher die Sozialhilfe, künftig ist es das Arbeitslosengeld II. Vor allem im Bereich niedriger Löhne haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren, auch wegen der Lohnkonkurrenz aus Osteuropa, ihre Gestaltungsmacht verloren. Es droht die Gefahr einer Ausfransung des Tarifsystems: Immer mehr Firmen treten aus den Tarifverbänden aus. Die Gewerkschaften schaffen es längst nicht mehr, überall existenzsichernde Löhne durchzusetzen. Nun sind die Gewerkschaften auf die Unterstützung vom Staat angewiesen. Durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns kann der Lohndruck von den Arbeitssuchenden genommen werden. Doch dies gilt nur, wenn der Mindestlohn für alle Arbeitneh-

Seit einigen Wochen diskutieren Politiker, Gewerkschaften und Unternehmer über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Die Debatte war entbrannt, nachdem SPD-Chef Müntefering die Gewerkschaften aufgefordert hatte, einen Vorschlag zum Mindestlohn vorzulegen, um die neuen Zumutbarkeitskriterien nach dem Hartz-IV-Gesetz abzufedern.



merInnen gilt, und sich beispielsweise Jugendliche nicht mit einer Sonderregelung abfinden müssen, die eine Entlohnung unter dem Mindestlohn erlaubt. Ebenso muß es einen differenzierten Mindestlohn geben, der auf branchen- und regionspezifische Unterschiede Rücksicht nimmt. Nur so kann vermieden werden, dass der Lohn der ArbeitnehmerInnen, deren derzeitiger Tarif-Mindestlohn über dem künftigen gesetzlichen Mindestlohn liegt, herabgesetzt wird. Als Minimum-Mindestlohn soll ein Satz von 7,50 Euro pro Stunde gelten. Ebenso muß der Mindestlohn jährlich der allgemeinen Einkommensentwicklung und der Inflation angepasst werden.

Da zu befürchten ist, dass die Neuregelung durch Arbeitszeitverlängerung oder Kürzung des Urlaubsanspruchs seitens der Arbeitgeber teilweise umgangen wird, ist ein verstärktes Arbeitsrecht und eine Kontrolle der Durchsetzung des Mindestlohns notwendig.

Anfangs sahen nicht alle Gewerkschaften die Maßnahme positiv, da sie sie als Eingriff in die Tarifautonomie werten. Doch die Gegner eines Mindestlohns im Arbeitnehmerlager gehörten fast alle zu den starken Gewerkschaften in Branchen mit vergleichsweise hohen Löhnen und einer starken Tarifbindung wie der Metall- und Elektroindustrie. Die Befürworter kommen hingegen aus dem Dienstleistungsbereich (z.B. Verdi), wo Niedriglöhne schon heute weit verbreitet sind und die Tarifbindung teilweise sehr gering ist, z.B. bei Haushaltshilfen oder in Call-Centern. Hier würde ein gesetzlicher Mindestlohn für Verbesserungen sorgen.

Auch von der Arbeitgeber-Seite kommt Widerstand. Viele Unternehmer fürchten, durch den gesetzlichen Mindestlohn manche Arbeitskraft über ihrer Grenzproduktivität entlohnen zu müssen und drohen deshalb mit der Verlagerung weiterer Niedriglohn-Arbeitsplätze ins Ausland. Für viele gering qualifizierte würde dies die Job-Chancen zusätzlich verschlechtern, und sie würden in den Schwarzmarkt gedrängt. Deshalb ist im nächsten Schritt ein harmonisierter Mindestlohn auf europäischer Ebene anzustreben. In 18 der 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in drei Kandidatenländern existieren bereits nationale Mindestlöhne.

Inwieweit ein gesetzlicher Mindestlohn eine geeignete Maßnahme zur Verbesserung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist, hängt also letztlich von dessen konkreter Ausgestaltung ab. Die Debatte um das Für und Wider bietet die Chance, Arbeitsmarktpolitik endlich wieder unter anderen Gesichtspunkten als der phantasielosen Orientierung an einer möglichst umfassenden Senkung der Arbeitskosten zu diskutieren.

Warum der Staat kein Geld hat

„Der Staat hat kein Geld“ ist heutzutage eine allfällige These. Ich will zeigen, dass es sich hier um eine von vielen Legenden handelt, „mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren“ (Albrecht Müller). Fixiert man den Blick nur auf die reinen Haushaltszahlen und die jährlichen Defizite, dann scheint es hier tatsächlich ein Problem zu geben.

Die Frage ist aber: hat der Staat ein Ausgabeproblem oder hat er ein Einnahmeproblem? Diese Frage ist von strategischer Bedeutung. Wenn der Staat in den letzten langen Jahren immer zuviel ausgegeben hat und deswegen die Haushalte defizitär sind, dann muß man tatsächlich bei den Ausgaben ansetzen. Wenn das aber nicht der Fall ist, ist die Lage eine ganz andere.

Die Neoliberalen predigen seit Jahren die Philosophie eines „schlanken Staates“. Behauptet wird, die Staatstätigkeit sei immer mehr „von uns allen“ ausgedehnt worden und das sei jetzt einfach nicht mehr bezahlbar. In dieser Sichtweise hat der Staat schlicht ein Ausgabeproblem.

Allerdings ist an dieser Sichtweise ziemlich alles falsch. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Dazu muß man nur einen Blick auf die Staatsquote werfen. Ich meine hier die Staatsquote im eigentlichen Sinn, also die Ausgaben der Gebietskörperschaften im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung insgesamt – das Problem der Sozialversicherung kann ich hier ausklammern. Ein Blick auf die Statistiken zeigt, dass beispielsweise die bayerische Staatsquote – Verhältnis bayerischer Staatsausgaben zum bayerischen BIP – 1975 bei knapp 14 Prozent lag, heute liegt sie bei knapp 9 Prozent. Die bayerische Staatsquote ist also seit den 70er Jahren um fast ein Drittel gesunken – ähnliches gilt für andere Bundesländer und den Bund.

Es kann deshalb keine Rede von einer „immer mehr ausufernden Staatstätigkeit“ sein. Auf meine Ausgangsfrage, ob oder warum der Staat kein Geld hat, ergibt sich also als erste Teilantwort: der Staat hat kein Ausgabeproblem, sondern der Staat hat ein Einnahmeproblem.

Natürlich hat dieses Einnahmeproblem auch mit der schwierigen Wirtschaftslage und den damit verbundenen Steuerausfällen zu tun. Aber davon abgesehen, hat das Einnahmeproblem strukturelle Gründe, die in der Steuerpolitik liegen. Man halte sich vor Augen: Würden heute die Steuergesetze von 1991 gelten, wären die Steuereinnahmen um 80 Milliarden Euro jährlich höher als sie sind – dieser Betrag entspricht ziemlich genau dem gesamtstaatlichen Defizit! Die steuerliche Entlastung der bundesdeutschen Oberschicht in den letzten 15 Jahren kostet also beachtliche Einnahmeausfälle, ohne dass die dadurch erhofften Effekte bei Wachstum und Beschäftigung eingetreten oder sichtbar wären. Die Finanznot der öffentlichen Hand ist also alles andere als eine „Naturkonstante“, sondern ein politisch und bewusst herbeigeführtes Szenario. Es ist deshalb vor allem der SPD dringend zu raten, ihre steuerpolitische Philosophie zu überdenken.

Dass der Staat nicht „objektiverweise“ kein Geld hat, sondern dass er ein selbstgemachtes Einnahmeproblem hat, hängt auch mit erheblichen Defiziten der Steuerverwaltungen zusammen, für die die Länder die Verantwortung tragen. Das will ich am Beispiel Bayerns zeigen. Im bayerischen Haushalt fehlen jährlich einstellige Milliardenbeträge, weil die Steuerverwaltung wegen enormer Personalfehlbestände ihre eigentliche Aufgabe – Steuern nach Recht und Gesetz zu erheben – nicht mehr erfüllen kann. Dazu muß man nur einen Blick in die Berichte der Rechnungshöfe lenken. Mehrfach hat der Bayerische Oberste Rechnungshof in den letzten Jahren auf eklatante Mängel in der Steuerverwaltung und auf massive Bearbeitungslücken hingewiesen. In den Berichten wurden die diesbezüglichen Steuerausfälle auf mehrere Hundert Millionen Euro beziffert.

Der Bundesrechnungshof hat u. a. bezüglich der mit Hilfe inländischer Banken ins Ausland transferierten Kapitalvermögen festgestellt, dass die Länder diese so genannten Bankenfälle unterschiedlich intensiv bearbeiten. Die unzureichende Aufklärung anonymer Kapitalübertragungen ins Ausland verursachte Steuerausfälle in Milliardenhöhe. In einem Sonderbericht des Bundesrechnungshofs vom Herbst 2003 wurde festgestellt, dass durch Umsatzsteuerbetrug (Karussellgeschäfte, Vorsteuerbetrug usw.) bundesweit 15 bis 20 Milliarden Euro Steuern ausfallen – das sind für den bayerischen Staatshaushalt netto ein bis zwei Milliarden.

Der gleiche Sonderbericht stellt dar, dass durch sogenannten Kettenbetrug im Baugewerbe (hier handelt es sich um Ketten von Subunternehmen und so genannten Kolonnenschiebern) dem Staat insgesamt jährlich (!) 64 Milliarden Euro (!!) an Steuern entgehen (ich rede hier nicht von den Sozialabgaben) – auch hier wieder Umsatzsteuer. Der bayerische Haushalt ist mit vielleicht fünf Milliarden Euro dabei.

In dem Zusammenhang sollte man sich vor Augen halten:

ein Betriebsprüfer erbringt jährlich Mehrsteuern von einer Million Euro, ein Umsatzsteuer-Sonderprüfer erbringt jährlich zwei Millionen Euro und ein so genannter Außenprüfer (Auslandsbeziehungen) bringt jährlich ein Mehr an fünf Millionen Euro.

Es gibt also einen engen Zusammenhang zwischen dem Einnahmeproblem des Staates einerseits und funktionsfähigen Steuerverwaltungen andererseits. Dieser Zusammenhang wird in der politischen Debatte andauernd und systematisch unterschlagen. Das dürfen wir aber nicht durchgehen lassen.



Werner Schieder

Tirschenreuth/Oberpfalz

Funktion:

Landtagsabgeordneter,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD Oberpfalz,
Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen



STEUERPOLITISCHE



Marcel Schaller

Unterschleißheim/Ober-
bayern

Steuerfachgehilfe

Funktion:
Vorsitzender des
SPD-Unterbezirks
München-Land

Wer aus sozialdemokratischer Perspektive Skepsis gegenüber dem wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs der rot-grünen Bundesregierung formuliert, muss klar auf die Erblasten der bürgerlichen Vorgängerregierung von CDU, CSU und FDP hinweisen. Denn in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts wurden die Grundlagen für die heutige Misere der Staatsfinanzen und der Verteilungsverhältnisse gelegt:

1. Die Steuerpolitik der Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) und Theo Waigel (CSU) war von einseitigen Steuergeschenken für die Reichen geprägt.

2. Die Finanzierung der deutschen Einheit wurde überproportional den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten überlassen.

3. Die tatenlose Hinnahme der Massenarbeitslosigkeit während der 16-jährigen bürgerlichen Regierung hat die Finanzkrise der Sozialversicherungen und der öffentlichen Haushalte wesentlich verursacht.

Die SPD hat also gute Gründe, Frau Merkel, Herrn Stoiber und Herrn Westerwelle an die Ergebnisse ihrer Politik zu erinnern. Zur politischen Ehrlichkeit gehört aber auch, dass das rot-grüne Lager nach sechs Jahren (selbst-)kritisch Bilanz zieht. Immerhin hat Finanzminister Hans Eichel seit seinem Amtsantritt im Frühjahr 1999 ein äußerst ehrgeiziges Steuersenkungsprogramm umgesetzt. Das Bundesfinanzministerium vermeldet, dass sich die jährlichen Entlastungen auf 59 Milliarden EURO¹ summieren. Die SPD-Bundestagsfraktion ist vorsichtiger. Zwar spricht sie vom „größten Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik“, beziffert das Entlastungsvolumen aber lediglich auf jährlich 53 Milliarden EURO². Sechs Milliarden EURO jährlich hin oder her. Jedenfalls lässt sich festhalten, dass es auch unter Rot-grün keinen Beweis für die angebotspolitische These gibt, dass die in den letzten Jahren durch massive Steuersenkungen vermehrten Unternehmensgewinne die Investitionen von heute und somit die Arbeitsplätze von morgen seien. Im Gegenteil: Die historisch niedrige Investitionsquote des Staates – insbesondere der Kommunen, die über zwei Drittel der öffentlichen Investitionen tätigen – bestätigt eher die Sichtweise, dass die Berliner Steuersenkungspolitik weit über das Ziel hinausgeschossen ist.

Ob man auch in den rot-grünen Führungsetagen von derlei kritischen Gedankens Blässe angekränkt ist? Dies ist schwer zu beurteilen. Denn insbesondere die Argumentation von Hans Eichel ist von einer seltsamen Flüchtigkeit: Mal sollen Steuersenkungen Nachfrage generieren, mal soll das Stopfen von Steuersubventionen mehr öffentliche Investitionen ermöglichen. Solche Argumentationsfiguren geben ökonomische Rätsel auf, da steigende Einkommen aufgrund von Steuersatzsenkungen die Nachfrage mehrten, sinkende Einkommen aufgrund des Abbaus steuerlicher Subventionen die Nachfrage aber scheinbar nicht mindern. Da die Bundesregierung nicht mit klaren nachfragepolitischen Akzenten in der Steuerpolitik aufwartet, tut sich selbst der wohlwollende Betrachter hart, eine lesbare Handschrift bei Hans Eichel zu erkennen. Dies ist problematisch, da sich in der bürgerlichen Opposition die radikalen Kräfte mit Niedrigst-Steuerkonzeptionen durchgesetzt haben³. Obwohl Merkel, Stoiber & Co. kein seriöses Konzept zur Reform der Staatsfinanzen vorlegen können, in Sachen Steuersenkungen lautet ihre Devise: Härter, schneller, weiter.

Da sich nur sehr reiche Leute einen armen Staat leisten können, ist die politische Linke gut beraten, dieses Feld nicht dem bürgerlichen Lager zu überlassen. Sie sollte in dieser Debatte jedoch stets im Auge behalten: Die Steuerpolitik ist zwar ein zentrales verteilungspolitisches Instrument, notwendig ist aber eine ökonomische Konzeption, die nicht nur die Verteilungsfrage stellt, sondern auch das Konjunkturproblem beantwortet. Ohne einen Kurswechsel in der Geldpolitik, eine wachstumsfreundliche Reform des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts, größeren Spielräumen für eine aktive Konjunkturpolitik der öffentlichen Hand und einer expansiveren Lohnpolitik kann die anhaltende Wachstumsschwäche nicht überwunden werden. Insbesondere die SPD-Linke sollte rasch ihre thematischen Schwerpunkte verändern. Bürgerversicherung, Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze und eine Vitalisierung der Erbschaft- und/oder Vermögensteuer sind SPD-intern populäre Themen. Nebenbei erleichtern sie auch innerparteiliche Terraingewinne in der anstehenden Grundsatzprogrammdebatte. Mit der Konzentration auf eine Agenda 2010 von links sind die ökonomischen Probleme in Deutschland und Europa aber nicht in den Griff zu bekommen. Und die sozialdemokratischen Keynesianer müssen zur Kenntnis nehmen, dass die - inzwischen an Gewicht zunehmenden - Stimmen wirtschaftspolitischer

¹ Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht 12/2004

² Fraktion Intern – Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Nr. 9 vom 20.12.2004

³ Von Seiten der Länderfinanzminister ist den vorliegenden Steuerreformkonzeptionen der Konservativen und Wirtschaftsliberalen samt und sonders Unfinanzierbarkeit attestiert worden. Vgl. Grundlegende Reform des Steuerrechts – Bewertung der verschiedenen Steuerreformkonzeptionen, Bericht der Abteilungsleiter (Steuer) der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder, Berlin, 16. Februar 2004.

KONTROVERSEN

Vernunft z. B. des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, Peter Bofinger, Heiner Flassbeck oder Gustav Horn nur einen technokratischen Charme versprühen. Makroökonomische Konzeptionen können keine politische Orientierung ersetzen. Schon aus diesem Grund sollte bei künftigen politischen Initiativen stärker auf die Integration von wirtschafts- und finanzpolitischen Mitteln einerseits und damit verbundenen bildungs- und sozialpolitischen Zielen andererseits orientiert werden.

Aus sozialdemokratischer Sicht haben die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis und ihr Finanzminister Ralf Stegner am 16. März 2004 einen konzeptionell wichtigen Beitrag zur steuer- und sozialpolitischen Diskussion mit dem Titel „anders steuern: Gemeinwesen stärken“ präsentiert. Das Stegner-Konzept ist als Leitlinie der SPD-Debatte im Vorfeld der Bundestagswahlen 2006 gut geeignet. Er orientiert sich an den Eckpunkten folgender Übersicht:

ÜBERBLICK: ANDERS STEuern – ECKPUNKTE DES SCHLESWIG-HOLSTEINER MODELLS

bisher		Schleswig-Holstein-Konzept unter der Bedingung deutlich verbesserter Bemessungsgrundlagen
1. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	Arbeitseinkommen linear progressiver Tarif	Einkangsteuersatz: Ziel 10% Spitzensteuersatz $\approx 42\%$ Zuschlag ab 500.000 € $\approx 5\%$
2. Sonstige Einkünfte (insbesondere Renteneinkünfte)		
3. Einkünfte aus Gewerbebetrieb	Übriges Einkommen proportionaler Steuersatz	30% + 10% (Ziel) erweiterte Gewerbesteuer (später Kommunalsteuer)
4. Einkünfte aus selbständiger Arbeit		
5. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft		
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung		
7. Einkünfte aus Kapitalvermögen		
Ehegattensplitting	Fällt weg (Übergangslösung)	Bestehende Unterhaltsansprüche bzw. -verpflichtungen werden in einem pauschalierten Verfahren berücksichtigt
Kinderfreibetrag, andere der Kindererziehung dienende Freibeträge		erhöhtes Kindergeld + Zuschlag für Alleinerziehende Infrastruktur für Familien
Kindergeld		
Körperschaftsteuer		30% + 10% (Ziel) erweiterte Gewerbesteuer (später Kommunalsteuer)
Gewerbesteuer		Erweiterte Gewerbesteuer (später) Kommunalsteuer
Grundsteuer		
Umsatzsteuer gesetzlich gekoppelt an die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge (erst nach konjunktureller Erholung)		Ziel: ermäßigt 5% Ziel: normal 19% Ziel: - 1 %
Bewertung		Heranführung von unterbewerteten Vermögensarten (Grundvermögen, Betriebsvermögen und land- und forstwirtschaftliches Vermögen) an das (untere) Niveau der Marktwerte
Vereinfachung		
• zwei statt sieben Einkommensarten • ArbeitnehmerInnen müssen i.d.R. nicht mehr zum Finanzamt • Grundsatz der Umsetzbarkeit • eingeschränkte Gestaltungsmöglichkeiten		• Förderungen nur direkt über Förderprogramme • angemessene Pauschalen statt komplizierter Einzelfallabrechnung • verständliche Vordrucke statt komplizierter Steuerformulare

Quelle: Landesregierung Schleswig Holstein

Um in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner wieder in die Offensive zu gelangen, sollte die SPD auf Basis des Stegner-Konzepts drei zentrale steuerpolitische Fragen zu klären:

1. Kann der schleswig-holsteinische Vorschlag eines Zuschlags von 5% auf zu versteuernde Einkommen ab 500.000 € als Ergänzungsabgabe für alle Einkunftsarten – anknüpfend an die Größe 'zu versteuerndes Einkommen' – realisiert werden? Dies wäre ein gutes verteilungspolitisches Signal an die SPD-Kernwählerschichten, um noch vor der Bundestagswahl 2006 verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Für dieses Szenario wäre allerdings eine hohe Konfliktbereitschaft des gesamten rot-grünen Lagers gegenüber Teilen der Medien und der bürgerlichen Opposition notwendig. Politische Legitimation dafür könnte insbesondere die Verknüpfung dieses Vorhabens mit mehr Investitionen in die Bildung und die Kinderbetreuung schaffen.
2. Soll der schleswig-holsteinische Vorschlag einer dualen Einkommensteuernkonzeption mit unterschiedlichen Belastungen für Arbeitseinkommen einerseits und 'Übriges Einkommen' andererseits sozialdemokratische Programmatik werden? Das Stegner-Konzept argumentiert an dieser Stelle betont pragmatisch, kaum konzeptionell. Zumindest auf den ersten Blick ist hier Skepsis angebracht, da es sich bei der Frage der Gleichmäßigkeit der Besteuerung aller Einkunftsarten um ein zentrales Gebot der Steuergerechtigkeit handelt.
3. Ist die bisher weitgehend geschlossene Ablehnungsfront von sozialdemokratischer Seite gegen eine partiell höhere Umsatzsteuer verteilungspolitisch noch sinnvoll? Insbesondere die Wirkung differenzierter Umsatzsteuersätze – Stichwort Luxussteuer in Verbindung mit einer Senkung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 7% auf 5% – analog zur Sozialstaatsfinanzierung nach skandinavischem Vorbild sollte näher betrachtet werden. Wünschenswert wäre ein Gutachten der schleswig-holsteinischen Landesregierung zu diesem Punkt, um die Legitimation der dort vorgeschlagenen Umsatzsteuererhöhung erhöhen zu können.



Die komplizierteste steuerpolitische Frage ist die Zukunft der Unternehmenssteuern. Zwar liegen seit geraumer Zeit konzeptionelle Vorschläge für eine rechtsformneutrale Betriebsteuer auf dem Tisch, die auch die private Vermögensverwaltung (nach geltendem Recht Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Kapitalvermögen bei der Einkommensteuer) in die Bilanzierungs- bzw. Gewinnermittlungspflicht integrieren. Dies würde die Vermögensteuerdiskussion entschärfen, da dadurch die Aufdeckung und Besteuerung stiller Reserven im Veräußerungsfall jenseits von Spekulationsfristen gewährleistet wäre. Außerdem hätte ein solches System den Vorteil, dass es auf Basis des - bis zur Eichelschen Unternehmensteuerreform 2000 gültigen - körperschaftsteuerlichen Vollarrechnungssystems realisiert werden kann. Das neue körperschaftsteuerliche Halbeinkünfteverfahren⁴ hat sich nicht bewährt, wie sich erst kürzlich bei den hektischen Gesetzesänderungen zur Rückstellungsbildung der Versicherungsunternehmen eindrucksvoll bestätigt hat. Offen ist auch die Zukunft der Bilanzierung selbst, insbesondere die steuerpolitischen Konsequenzen der neuen internationalen Bilanzierungsregeln nach IAS/IFRS. Klar ist aber bereits jetzt: Der Druck auf das deutsche Steuer- und Handelsrecht wird von europäischer Seite in den nächsten massiven Jahren wachsen.



⁴ Die Körperschaftsteuer ist die Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften (z. B. GmbH, AG). Das (neue) Halbeinkünfteverfahren bei der Körperschaftsteuer sieht vor, dass Gewinne auf Gesellschaftsebene definitiv (zur Zeit mit 25%) besteuert werden und im Ausschüttungsfall zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung beim Anteilseigner nur zur Hälfte der Einkommensteuer unterliegen. Das (alte) Vollarrechnungssystem war logischer, da die Körperschaftsteuer auf der Gesellschaftsebene lediglich den Charakter einer (pauschalen) Vorauszahlung hatte und der Anteilseigner den Gewinn mit seinem individuellen Einkommensteuersatz versteuerte und die von der Gesellschaft bezahlte Körperschaftsteuer voll auf seine Einkommensteuerschuld anrechnen konnte.

DAS KÖNNT IHR BEI DEN JUSOS BAYERN BESTELLEN

EINE KLEINE AUSWAHL AUS UNSEREM ANGEBOT



Mousepad
„Wir kümmern uns auch um
die kleinen Dinge des Lebens“
Bestell-Nr. 6010



Selbstdarstellungsflugblatt
„Wer, wenn nicht wir? –
Wann wenn nicht jetzt!“
Bestell-Nr. 1101



Magazin Faust 02/2004
„Bayerns Zukunft“
Bestell-Nr. 9006



Broschüre „Managermärchen und
Unternehmerlügen“
Bestell-Nr. 4101



Magazin Faust 01/2005
„Reformbaustelle Deutschland“
Bestell-Nr. 9007



Broschüre „Gleichberechtigung“
Bestell-Nr. 4105



Bildungsflugblatt „Herrschaftszeiten!“
Bestell-Nr. 1208



Schülerzeitung „Bravda“,
Ausgabe Schuljahr 2004/2005
Bestell-Nr. 1251



Bildungsflugblatt „Kruzifix!“
Bestell-Nr. 1207



Hochschulfaltblatt und Plakat
„Bildungsräuber“
Bestell-Nr. 1220



Bildungsflugblatt „Sack!
Zement!“
Bestell-Nr. 1209



Broschüre
„... nicht vom Geldbeutel der Eltern“
Bestell-Nr. 4107



Bildungsflugblatt „Mann oh
Mann!“
Bestell-Nr. 1210



Postkarte „Studiengebühren“
Bestell-Nr. 1240



Faltblatt
„Lernst du noch oder zahlst du schon?“
Bestell-Nr. 1261

Weitere Materialien sind über die Homepage unter www.jusos-bayern.de beziehbar.

Zu Beziehen bei: Jusos Bayern, Oberanger 38/III, 80331 München, Fax: 089 / 23 17 11 39, e-Mail: buer@jusos-bayern.de

Für Gliederungen in Bayern
geben wir die Materialien
kostenlos, außerhalb Bay-
erns zum Selbstkostenpreis
ab.
Bei Großbestellungen und
Restexemplaren erlauben
wir uns, gegebenenfalls
geringere Mengen zu ver-
senden.

Politik ohne Alternative?

DER SIEGESZUG DES



André Pöhler

Bayreuth/Oberfranken

Rechtsreferendar

Funktion:
Stellvertretender
Juso-Landesvorsitzender

Ob in den Zeitungen oder im Fernsehen (vor allem in den Talkshows), an den Hochschulen, den Stammtischen oder im Bundestag – überall hört man die gleichen Parolen: Deutschland ist international nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Löhne sind zu hoch. Der Sozialstaat ist zu teuer und hält die Menschen ab, sich Arbeit zu suchen. Die Arbeitszeiten sind zu kurz. Die Staatsverschuldung ist zu hoch. Die Steuern – vor allem für Unternehmen – sind zu hoch, überhaupt verteilt der Staat zu viel Geld um. Die Gewerkschaften sind zu mächtig. Der Staat mischt sich in zu viele Sachen ein.

Die meisten Politiker, Unternehmer und Medienvertreter sind sich einig: Die Globalisierung und die demographische Entwicklung zwingen uns zu schmerzhaften Reformen. Nur eine Radikalkur kann Deutschland retten. Löhne, ArbeitnehmerInnenrechte und Sozialstandards müssen abgebaut werden. Die Arbeitszeit muss ohne Lohnausgleich auf mindestens 42 Stunden steigen. Tarifautonomie und Kündigungsschutz müssen beseitigt werden. Arbeitslosen- und Sozialhilfe müssen gesenkt werden. Die Staatsausgaben müssen drastisch gesenkt werden, ebenso die Steuern auf hohe Einkommen und auf Kapitalerträge. Solche Forderungen werden nicht nur wie früher, von der FDP und den Unternehmerverbänden erhoben. Inzwischen stimmen auch die Konservativen, ja selbst SozialdemokratenInnen in diesen Chor ein, von JournalistInnen, SchriftstellerInnen und WissenschaftlerInnen ganz zu schweigen. Der Spiegel fordert in jeder Ausgabe „schmerzhaft Reformen“ und SPD-Politiker beklagen die „Mitnahmementalität“, wollen Tarifverträge aufweichen, die Lohnnebenkosten senken und allgemein „weniger Staat“.

Mit mehr Markt wird alles besser?

Diese Konzepte werden gemeinhin als „Neoliberalismus“ bezeichnet. Dahinter steckt die Idee, dass sich der Staat möglichst aus der Wirtschaft heraushalten soll. Denn der Markt sorgt schon für die besten Ergebnisse, wenn man ihn nur läßt. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft dagegen führen nur zu Ineffizienz, weniger Wachstum und weniger Arbeitsplätzen. Durch mehr Wettbewerb und mehr Markt soll dagegen mehr individuelle Freiheit und mehr Wohlstand erreicht werden. Daher sollen die Märkte weitgehend sich selbst überlassen werden, also dereguliert werden. Ausserdem sollen sovielen staatlichen Aufgaben wie möglich privatisiert werden, das heißt privaten Unternehmen überlassen werden – ob es sich um Verkehr, Wasserversorgung, das Gesundheitssystem, Bildung oder die Altersvorsorge handelt.

Doch sind diese Empfehlungen sinnvoll? Führt neoliberale Politik wirklich zu mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätzen und zu mehr Wohlstand? Zweifel ist angebracht, denn in den letzten Jahren wurden die Steuern gesenkt wie nie, der Kündigungsschutz abgebaut, Sozialleistungen gekürzt, usw. Doch die Arbeitslosigkeit ist nicht gesunken und das Wirtschaftswachstum ist gering ausgefallen.

Ideologie und Wirklichkeit

Nach Ansicht der Neoliberalen ist der Staat die Quelle allen Übels. Denn der freie Markt sorgt für die effizientesten und gerechtesten Ergebnisse. Probleme gibt es nur, wenn der Staat eingreift. Arbeitslosigkeit entsteht, weil der Arbeitsmarkt zu reguliert ist. Denn wegen staatlicher Eingriffe und der Macht der Gewerkschaften sind die Löhne nicht flexibel nach unten und folglich oft zu hoch. Wenn man nun die Lohnhöhe auf dem freien Markt aushandelt, nur nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage, dann wird jeder Arbeit finden – wenn auch zu niedrigen Löhnen. Deshalb sind auch Sozialleistungen schädlich, denn Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe wirken wie ein Mindestlohn und halten die Menschen davon ab, zu einem niedrigen Lohn zu arbeiten.

Doch der Arbeitsmarkt funktioniert nicht wie andere Märkte. Eine Lohnsenkung führt dazu, dass die Einkommen zurückgehen. Dann sinkt auch die Konsumnachfrage und damit die Einnahmen der Unternehmen. Wenn ein Unternehmer über Neueinstellungen entscheidet, sind die Auftragsbücher wichtiger als die Lohnkosten. Warum soll man auch bei sinkender Nachfrage neue Arbeitskräfte einstellen, nur weil die Löhne etwas gesunken sind? Die Praxis zeigt, dass niedrige Löhne nicht zu mehr Arbeitsplätzen führen. Denn sonst müßte ja die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland viel niedriger sein als im Westen. Schließlich sind auch die Lohnkosten im Osten niedriger, nämlich um 35% pro Stunde.





NEOLIBERALISMUS

Auch auf anderen Märkten führt das freie Spiel der Kräfte nicht immer zu den besten Ergebnissen. Märkte können aus unterschiedlichen Gründen versagen. Zum Beispiel, weil Anbieter Preisabsprachen treffen, weil sich Monopole bilden, weil Anbieter und Nachfrager nicht über die gleichen Informationen verfügen und deshalb der schlecht Informierte übervorteilt werden kann. Deshalb bedarf es staatlicher Eingriffe in das Marktgeschehen.

Privatisierungen dienen nicht den Interessen aller, sondern nur den Interessen weniger Kapitalbesitzer und Unternehmen. Öffentliche Dienstleistungen werden nicht billiger und effizienter von Privatunternehmen angeboten. Die Beispiele aus dem In- und Ausland beweisen: Ob Trinkwasserversorgung, Gesundheitswesen oder Bahnverkehr, Privatisierungen haben immer zu höheren Preisen und schlechterer Leistung geführt.

Reformen für wen?

Richtig ist, dass Reformen nötig sind. Es gibt in Deutschland viele Probleme, die zu lösen sind. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Gleichzeitig verrottet die öffentliche Infrastruktur, Schulen und Universitäten sind unterfinanziert. Der Sozialstaat wird nur noch von den ArbeitnehmerInnen finanziert, während sich die Kapitalbesitzer aus der Finanzierung des Gemeinwesens immer mehr zurückziehen. Doch den selbsternannten „Reformern“ geht es nicht um diese Probleme, sie wollen eine andere Art von Reformen, sie wollen eine Verschärfung des Gegensatzes von arm und reich.

Der Aufstieg der neoliberalen Ideologie

In den 60ern vertrat nur eine Minderheit neoliberale Ansichten. In den Industrieländern orientierte sich die große Mehrheit in Politik und Wirtschaft an den Ideen des Volkswirtschaftlers Keynes, der Eingriffe des Staates in die Wirtschaft befürwortete, um die Mängel des freien Marktes auszugleichen. Der Staat solle Konjunkturpolitik betreiben und das Wirtschafts- und Sozialsystem regulieren, um Wirtschaftskrisen zu vermeiden und mehr Wohlstand für alle zu schaffen. Besonders sozialdemokratisch orientierte Politiker, aber auch viele Liberale und Konservative betrieben eine keynesianische Wirtschaftspolitik. Dabei ging es nicht nur um eine effektive Wirtschaftslenkung. Staatliche Eingriffe sollten nicht nur dem Wirtschaftswachstum dienen, sondern auch einer allgemeinen Reformpolitik, die die Verbesserung des Lebensstandards und der Freiheit der Menschen verfolgte. Gerade in Deutschland war diese Politik in den 60ern und frühen 70ern sehr erfolgreich, es erfolgten massive öffentliche Investitionen in Bildung, Wohnungsbau, Verkehr und Forschung. Auch das Rechtssystem wurde liberalisiert, um den Menschen mehr Freiheit zu sichern.

Doch den erzkonservativen Kräften war dieser reformorientierte Keynesianismus ein Dorn im Auge. Sie suchten nach einem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegenentwurf, mit dem sie den Linken und Liberalen den Rang ablaufen konnten. In den USA entstand in so genannten „Think Tanks“ (Denkfabriken) eine neue konservative Ideologie: der Neo-Konservatismus, der in erster Linie auf die Betonung klarer Autoritäten, starken (Überwachungs-)Staates und Werte wie Familie und Ehe, Fleiß und Disziplin setzte. Damit sollte klar Position gegen die egalisierend wirkenden Errungenschaften des reformistischen Sozialstaates bezogen werden. Gleichzeitig entwarfen junge Wirtschaftswissenschaftler, der bekannteste von ihnen ist Milton Friedman, an amerikanischen Universitäten einen Gegenentwurf zur vorherrschenden Wirtschaftspolitik, eben den sogenannten Neoliberalismus. Über die Zusammenarbeit zwischen Konservativen und neoliberalen Denkern in diesen „Think Tanks“ wurde die neoliberale Marktgläubigkeit zum zentralen wirtschaftspolitischen Kernprogramm der neuen Konservativen.

Als durch die Ölkrise in den 70ern Jahren das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern einbrach und die Arbeitslosenzahlen stiegen, deuteten dies viele als Versagen des Keynesianismus. Konservative und Liberale wandten sich daraufhin den neokonservativen und neoliberalen Ideen zu. Ein Land nach dem anderen wandte sich von der keynesianischen Reformpolitik ab und betrieb – in unterschiedlichem Ausmaß – neoliberale Wirtschaftspolitik. Am radikalsten ging Margaret Thatcher in Großbritannien vor – es gab massive Steuersenkungen und Privatisierungen, die Gewerkschaften wurden entmachtet und der Arbeitsmarkt dereguliert. Doch diese Politik scheiterte, in England gab es nach den Reformen mehr Arbeitslose und weniger Wachstum als vorher.

Auch in Deutschland sind die Erfolge dieser Wirtschaftspolitik ausgeblieben. Seit Beginn der 80er Jahre hat sich die Politik immer mehr an neoliberalen Ideen orientiert und Reformen in diesem Sinn durchgeführt. Das Reformtempo hat immer mehr zugenommen. Doch die Arbeitslosigkeit steigt und das Wirtschaftswachstum fällt meistens bescheiden aus. Statt mehr Wohlstand für alle gibt es immer größere soziale Unterschiede. Während das Vermögen einiger weniger wächst, geht es den meisten Menschen eher schlechter als vor 10 oder 20 Jahren.

Die Anhänger neoliberaler Ideen konnten ihre Verheißungen von mehr Wachstum, mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätzen also nicht erfüllen. Neoliberale Politik nützt nur einem kleinen Teil der Bevölkerung und schadet der großen Mehrheit. Doch warum ist diese Ideologie so erfolgreich?



Interessen

Hinter dieser Politik stecken handfeste wirtschaftliche Interessen. Wenn die gesetzliche Rentenversicherung durch private Vorsorge ergänzt wird, dann können Versicherungsunternehmen und Banken ihr Geschäft beträchtlich ausdehnen. Dabei geht es um Milliarden. Wenn nur 10% des Umsatzes der gesetzlichen Rentenversicherung umgelenkt werden, gewinnt die private Versicherungsbranche 15 Mrd. zusätzlichen Umsatz. Auch an Privatisierungen ehemals öffentlicher Unternehmen wird kräftig verdient.

Wenn Löhne gesenkt werden, der Kündigungsschutz abgebaut wird und Tarifverträge ausgehöhlt werden, freut das die einzelnen Unternehmen. Zwar sind Lohnsenkungen volkswirtschaftlich schädlich, doch jeder Unternehmer hat natürlich erst einmal seinen eigenen Betrieb im Auge. Angesichts des Konkurrenzdrucks in einer Marktwirtschaft muss jeder zuerst an sich denken. Daher denkt jeder in erster Linie betriebswirtschaftlich statt volkswirtschaftlich.

Niemand will gerne Steuern zahlen. Doch von Steuersenkungen profitieren hauptsächlich die Großverdiener, da dann die Gewinne höher ausfallen. Ihnen ist egal, wenn dann wichtige staatliche Leistungen wegfallen. Die Gering- und Mittelverdiener sind stärker auf staatliche Leistungen angewiesen. Denn ein Millionär kann sich einen Swimming-Pool bauen, Otto Normalverbraucher ist auf das städtische Schwimmbad angewiesen.

Die aktuelle Politik dient also nur den Interessen weniger, während sie massiv den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entgegenläuft. Doch wenn nur wenige profitieren, wie konnten diese wenigen in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, dass diese Politik die richtige ist, dass es keine Alternativen gibt?

Die große neoliberale Weltverschwörung?

Manche Linke neigen zu Verschwörungstheorien und erklären den Erfolg des Neoliberalismus mit einer Weltverschwörung von Unternehmen und rechten Politikern. Doch es ist sicher nicht so, dass es einen zentralen Planungsstab gibt, der generalstabsmäßig Strategien zur Manipulation der Öffentlichkeit ausdenkt. Aber es gibt Personen und Institutionen, die sich Gedanken machen, wie sie Menschen von ihrem neoliberalen Gedankengut überzeugen können. Das ist in der Politik und der Wirtschaft normal; denn schließlich will jeder, der die Gesellschaft gestalten will, andere von seiner Meinung überzeugen. Dabei handeln die „Reformer“ höchst professionell und zur Zeit erfolgreicher als Linke.

Ein wichtiger Erfolg war, dass es ihnen gelang, auch als links oder fortschrittlich geltende Politiker und Wissenschaftler für ihre Propaganda einzuspannen. Es ist ein altes Prinzip der Kommunikation, dass eine Botschaft umso glaubwürdiger ist, je unterschiedlicher die Absender sind. Wenn Friedrich Merz und Wolfgang Clement sagen, dass der Sozialstaat abgebaut werden muss, ist das glaubwürdiger, als wenn das nur Merz und Merkel behaupten.

Zwar gibt es keine Weltverschwörungszentrale, doch ein weites Netz von verschiedenen Aktionen, Bündnissen, Initiativen und Personen, die ähnliche Ziele verfolgen. Ob der „Bürgerkonvent“, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, der Konvent für Deutschland usw., sie alle haben das gleiche Ziel: „Reformstau“ überwinden und die Bevölkerung „aufklären“. Diese Organisationen verfügen über Millionen – hauptsächlich von den Unternehmerverbänden – und haben viele prominente Unterstützer: Roland Berger, Peter Glotz, Oswald Metzger, Hans-Olaf Henkel, Meinhard Miegel, Hans-Werner Sinn ...

Gezielte Beeinflussung

Ein Beispiel für die Arbeit dieser Organisationen ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Der Stern berichtete im Dezember 2003 über einen Vorgang, den er die „Revolution von oben“ nennt. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Martin Kannegiesser, las 1999 eine Umfrage, dass 67% mit dem Wort „Reformen“ keine herrlichen Aussichten, sondern Befürchtungen und Skepsis verbinden. Kannegiessers Fazit: „Das, was die Bevölkerung will, und das, was die Führungskräfte in der Wirtschaft für notwendig hielten, klappte himmelweit auseinander.“ „Was sollte der Metall-Arbeitgeber tun?“ fragte der Stern. „Aufgeben? Gar auswandern, seine Waschmaschinenfabrik gleich mit nach Asien verlagern? Oder hier bleiben und sich ein anderes Volk suchen? Kannegiesser entschied sich für letzteres. Weil man 82 Millionen Menschen nicht einfach auswechseln kann, griff er zu einer List. Er wollte die Leute ein bisschen umerziehen. ‚Aufklären‘ nennt er das. Ihnen mit schlaun Parolen die Notwendigkeit von radikalen Reformen einhämmern, sie mit Plakaten, Anzeigen und TV-Spots überschütten, auf dass die Leute die Wünsche der Wirtschaft als ihre eigenen begreifen.“ Deshalb wurde 2000 die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gegründet und von der Metall- und Elektroindustrie mit 50 Millionen Euro Startkapital für die ersten 5 Jahre ausgestattet.



Es gibt dutzende Beispiele für die Beeinflussung der Öffentlichkeit. Und immer stecken Interessen dahinter, wenn mehr Privatisierung und mehr „Reformen“ gefordert werden. Das Buch „Deutschland, der Abstieg eines Superstars“ von Gabor Steingart stützt sich auf Daten der Deutschen Bank, der ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Oswald Metzger wirkt für die Bertelsmann-Stiftung, die grüne Bundestagsabgeordnete Christine Scheel sitzt in den Beiräten zweier großer Versicherungsunternehmen, junge Bundestagsabgeordnete schreiben ein Papier zur „Generationengerechtigkeit“, das von einem Pharmakonzern gesponsert wird. An der Spitze der Bewegung stehen Leute, die bestimmten Interessengruppen bzw. politischen Richtungen nahe stehen: der frühere Bundesbankchef Hans Tietmeyer (CDU), Horst Köhler (CDU), der ehemalige BDI-Chef Hans-Olaf Henkel, der ehemalige Berater von Kurt Biedenkopf, Meinhard Miegel, der Chef des unternehmernahen ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, und viele andere.

Dominanz in der Wissenschaft

Wir haben gesehen, dass sich die neoliberale Ideologie zuerst an den Unis ausbreitete. Anfangs waren neoliberale und neokonservative Ideen unter den Wissenschaftlern, also bei den Volkswirten, den Soziologen, den Philosophen und anderen kaum verbreitet. Doch immer mehr Leute gingen von einem Versagen der bisherigen Politik aus und so gewann der Neoliberalismus an den Unis immer mehr an Boden. Wenn ein Professor in Pension ging, wurde sein Lehrstuhl in der Regel mit einem Anhänger der neuen Lehre besetzt. Da immer mehr Professoren diese Ideen vertraten, blieb dies nicht ohne Wirkung auf ihre Studenten. Gerade in den Wirtschaftswissenschaften, aber auch in anderen Fächern, wurde somit die neoliberale Idee vorherrschend und bestimmte das Denken von Lehrenden wie Studierenden. Auf diese Weise gelang es, die zukünftigen Eliten vom neoliberalen Gedankengut zu überzeugen.

Das Land schlecht reden

Wer Reformen will, muss das Land zum Problem erklären. Statt Stärken und Schwächen zu analysieren und dann dementsprechend zu handeln, machen die Eliten Deutschland im In- und Ausland systematisch schlecht. Schon die Wortwahl der „Reformer“ macht depressiv: „Reformstau“, „Stillstandsland“, Blockade“, „Besitzstandswahrer“, „Faulenzer“, „Generationenkonflikt“, „Überalterung“, „Überbürokratisierung“. Das alles ergibt dann die „deutsche Krankheit“. Um diese zu heilen, sind dann „schmerzhaftes Einschnitte“ und „radikale Reformen“ nötig. In dieser Debatte gilt „dass nicht sein kann, was nicht sein darf“. Als das amerikanische Nachrichtenmagazin Newsweek Deutschland 2004 wegen seiner Wirtschaftskraft zum zweitmächtigsten Staat der Welt erklärte, fragte Spiegel Online prompt: „Wollen die Amerikaner uns auf den Arm nehmen?“.

Eliten als Papageien

Die deutschen „Eliten“ verhalten sich zur Zeit wie Papageien: Sie plappern alles nach. Wenn der Spiegel schreibt: „Wir leben in einem Gewerkschaftsstaat.“, dann sagen hunderte von Intellektuellen das gleiche. Wenn bei Christianen jemand sagt: „Die Lohnnebenkosten sind zu hoch“, dann ist jeder in der Talkshow der gleichen Meinung. Und wenn „Wirtschaftsexperten“ behaupten, wegen der Globalisierung sei alles anders geworden, dann gibt jeder Politiker ihnen recht. Keiner denkt mehr selbständig nach, jeder plappert nur nach, was andere sagen: „Globalisierung, demographisches Problem, Löhne zu hoch, bla bla bla“. Wer eine entgegengesetzte Meinung vertritt, wird in die Talkshows nicht eingeladen, hat keine Gelegenheit, im Spiegel zu schreiben oder wird aus den Wirtschaftsforschungsinstituten rausgeworfen. Ab und zu wird dann mal ein Gewerkschafter oder jemand von Attac in eine Talk-Show eingeladen oder im Spiegel interviewt. Doch selten setzen sich die „Reformer“ dann argumentativ mit der anderen Meinung auseinander. Diese wird dann bestenfalls als naiv abgetan, im schlimmsten Fall ist man ein „linker Spinner“ und überhaupt sei der Sozialismus gescheitert.

Doch wenn man schon in der Schule, später in der Universität und in jeder Talkshow und in jeder Spiegel-Ausgabe immer dasselbe hört, dann glaubt man irgendwann diese Aussagen und sie werden zur eigenen Meinung. Deshalb ist es so schwer, dagegen anzukämpfen.

Lesetipps:

„Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis“

Herbert Schui, Stephanie Blankenburg
(VSA-Verlag)

„Die Reform-Lüge – 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren“

Albrecht Müller
(Droemer-Verlag)

„Wir sind besser als wir glauben“

Peter Bofinger
(Pearson Studium-Verlag)

www.nachdenkenseiten.de
die kritische Homepage



Für einen **Aufbruch** in der **Finanzpolitik**



Thomas Goger

Regensburg/Oberpfalz

Wissenschaftlicher
Mitarbeiter

Funktion:
seit April 2004 Juso-Landes-
vorsitzender
1998 – April 2004 stellv.
Juso-Landesvorsitzender
Mitglied des SPD-Landes-
vorstandes

Wo bleibt der Aufschwung?

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland zum Jahreswechsel ist nach wie vor prekär. Von einem nachhaltigen Aufschwung zu sprechen, ist angesichts von Wachstumsraten weit unterhalb der Beschäftigungsschwelle in 2004 und ziemlich sicher auch 2005 kaum angezeigt. Der blinde arbeitsmarktpolitische Aktionismus der letzten Jahre von „Job-Aktiv“ über die Kombilöhne des Mainzer Modells bis zu den diversen Segnungen der Hartz-Gesetzgebung hat zu keiner Besserung auf dem Arbeitsmarkt geführt. Im Gegenteil: Es mehren sich die Anzeichen dafür, dass die wiederholten Einschnitte und Verschärfungen für LeistungsbezieherInnen zu Nachfrageausfällen geführt haben und damit zu wirksamen Dämpfern für die weitere wirtschaftliche Entwicklung geworden sind.

Einmal mehr bestätigt sich jetzt, was fortschrittliche ÖkonomenInnen wie z.B. der Chefvolkswirt der UNCTAD Dr. Heiner Flassbeck der Politik immer wieder ins Stammbuch geschrieben haben: Wachstum wird nicht am Arbeitsmarkt generiert. Viel mehr vollzieht der Arbeitsmarkt vorhandene Wachstumsimpulse nach und setzt sie in zusätzliche Beschäftigung um.

Nichts kommt von selbst.

Wenn dies aber so ist, wäre es jetzt dringend geboten, nach Jahren der Fixierung auf die wirtschaftspolitischen Empfehlungen neoklassischer Wirtschaftsdogmatiker einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik einzuleiten.

Je schneller dies passiert und je besser es gelingt, einen solchen Paradigmenwechsel zumindest europaweit zu koordinieren, desto eher kann es gelingen, tatsächlich zu einem Mehr an Beschäftigung in Deutschland zu kommen. Angesichts der mittlerweile chronisch gewordenen Schwäche des Binnenkonsums und der anhaltenden Unterauslastung vieler Produktionszweige wird es dabei auch auf eine beschäftigungsorientierte Zinspolitik durch die Europäische Zentralbank ankommen.

Dies entlässt jedoch die Bundesregierung nicht aus der Verantwortung, das ihrige zu tun, um die Binnenkonjunktur zu stützen und anzukurbeln.

Dies setzt jedoch einen echten Aufbruch in der Finanzpolitik voraus.